

Ergänzungsantrag zum Antrag Kommunalwahlen 2019 (DS 6-109)

Information aus der Landesvorstandssitzung vom 29. Juni 2018

Information: Der Änderungsantrag wurde von den Antragsteller*innen zu DS 6-109 übernommen.

1. Die Einreicher*innen des Antrages zu den Kommunalwahlen 2019 unterstützen den Ergänzungsantrag und übernehmen diesen.
2. Der Landesvorstand beschließt den Ergänzungsantrag zum Antrag Kommunalwahlen 2019.

Politische Botschaft: Mehr Frauen* in die Politik!
Noch immer ist Politik als Beruf von Männern dominiert und das mit erheblichem Einfluss auf Mitbestimmung, politische Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten. Ursachen sind bestehende Geschlechterungerechtigkeiten, ungleiche Zugänge und Beteiligungsmöglichkeiten am gesellschaftspolitischen Leben sowie tief verwurzelte und verkrustete patriarchale Strukturen. Auch wir als LINKE. haben in Sachen emanzipatorischer Praxis noch Ausbaubedarf. Das spiegelt sich auf struktureller Ebene u.a in der Besetzung unserer Parteistrukturen und ganz real dann in unserer politischen Praxis wieder. Dabei ist ein wichtiges Kernziel unserer Politik, für Gleichberechtigung zu kämpfen, dem Patriarchat den Kampf anzusagen und für gleichberechtigte Teilhaben zu streiten. Dazu gehört auch ganz konkret daran mitzuwirken, junge Frauen* für linke Politik zu begeistern, sie in ihrem politischen Gestaltungswillen zu unterstützen und dazu zu ermutigen kommunale Mandate und politische Ämter anzunehmen. Gerade in Hinblick auf die kommende Kommunalwahl 2019.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder, Landesratsmitglieder, Kreisvorsitzende, Ortsvorsitzende, sächsische Mitglieder im Bundesausschuss, Fraktionsvorstand der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag; Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Landesparteitagsdelegierte, sächsische Bundesparteitagsdelegierte, Landesweite Zusammenschlüsse, Jugendkoordinator

F.d.R.

Dresden, den 29. Juni 2018



Thomas Dudzak - Landesgeschäftsführer

Art der Änderung: Einfügung/Ergänzung

Der Landesvorstand möge beschließen:

Im Unterkapitel **„Bis 2019 ist noch viel Zeit“** in dem 2. Absatz letzte Zeile nach dem Satz „Dieses Modell sollte Schule machen.“ einzufügen:

#

„Grundsätzlich soll und mit Blick auf die Mitgliederstruktur unserer Partei, ein gemeinsames Anliegen sein, mehr Frauen* für linke Politik zu begeistern. Nach wie vor sind mehr Männer in unserer Partei aktiv, werden wir bei Wahlen von mehr Männern als Frauen gewählt und es werden mehr Männer in unserer Partei Mitglied als Frauen*: Und stellen sich auch viel öfter zur Wahl. Das hat nicht nur erheblichen Einfluss auf Mitgestaltung politischer Prozesse innerhalb unserer Partei sondern steht unserem emanzipatorischen Anspruch entgegen und spiegelt sich negativ in der Zusammensetzung von Gremien und Parteistrukturen wieder. Gerade in Hinblick auf eine gleichberechtigte Mitgestaltung linker Politik, die Gewährleistung von Quotierungen und/ oder bei der Gewinnung weiblicher Kandidierender für politische Mandate, fällt uns dieses strukturelle Ungleichgewicht auf die Füße. Deswegen wollen wir insbesondere Frauen* dazu ermutigen für kommunale Mandate, politische Ämter und Gremien zu kandidieren und gezielt weibliche Kandidierende unterstützen. “

Begründung:

Es muss grundsätzlicher Anspruch sein feministische Strukturen zu stärken, patriarchale Strukturen, Mackertum und Sexismus in unserer Partei weiter abzubauen und eine wirklich gleichberechtigte Teilhabe und ein solidarisches Miteinander zu fördern. Dazu gehört auch eine gezielte Förderung von Frauen*in ihrem politischen Gestaltungswillen und den Möglichkeiten sich in unserer Partei zu verwirklichen. Mitunter haben wir genau hier und sichtbar allein schon strukturell z.B. in der Besetzung in unserer Gremienstruktur und Gewinnung von weiblichen Kandidat*innen auf kommunaler Ebene, noch Schwierigkeiten unseren Ansprüchen gerecht zu werden. Das sollten wir weiter angehen und uns deswegen, gerade für die Kommunalwahlen, gezielt an Frauen*, weibliche Mitglieder und Sympatisantinnen wenden. Grundsätzlich gelingt eine gleichberechtigte politische Praxis nur, wenn wir auch langfristig unsere eigenen Strukturen überdenken. Das beinhaltet natürlich auch den verstärkten Ausbau einer familienfreundlicheren politischen Praxis (Stichwort Vereinbarkeit Familie und Beruf - Sitzungszeiten), gezielter Ansprache, Themensetzung und Angebote für Frauen* (zb. Neumitgliedertreffen nur für Frauen*, stärkere Einbeziehung feministischer Perspektiven). Denn natürlich hört eine emanzipatorische Praxis nicht mit der Wahl in ein Gremium und gewährleisteten Quotierungen auf. Im Gegenteil müssen wir auch dafür Sorge tragen, dass geschlechterspezifische Ungleichgewichte und ungleiche Partizipationsmöglichkeiten, immer wieder und produktiv zur Diskussion gestellt und so wirksam bekämpft werden können.